

## Eine Anmerkung zur Geschichte des langfristigen Denkens

### *Kurz-sichtiges Handeln und menschliche Natur*

Die Fähigkeit zum langfristigen Denken und Handeln ist nicht in der Natur des Menschen angelegt. Dies ist keine Feststellung, über die ernsthaft zu streiten wäre. Selbst der genetisch bedingte Reflex, für das Überleben der eigenen Gattung sorgen zu wollen, ändert hieran nichts. Dieser hat nichts mit vernunftbegründeten langfristigen Anliegen wie etwa der Wahrung der natürlichen Lebensgrundlagen zu tun. Um ihre natürlichen Lebensgrundlagen langfristig zu erhalten, muss die menschliche Spezies mehr und anderes tun als sich natürlichen Reflexen zu ergeben.

Wie die Lebens- und Überlebensbedingungen der menschlichen Spezies sich langfristig entwickeln, hängt bekanntlich mehr denn je von Spätfolgen ihrer eigenen Lebensweise ab. Bisher kann natürlich keine Rede davon sein, dass diese Entwicklung ein wohlüberlegter Prozess wäre. Die menschliche Lebensweise ändert sich eher spontan, als dass deren Auswirkungen generationenübergreifend im Voraus bedacht und politisches Handeln hierdurch verändert würde. Der Klimawandel ist hierfür ein derzeit besonders aktuelles Beispiel.

Spontan richtet der Mensch sein Verhalten auch im Politischen seit jeher überwiegend an kurzfristigen Zielen aus. Eine über spontane Reflexe hinausweisende zivilisatorische Errungenschaft war es dann aber schon, dass der Mensch sich Lebensziele setzte, dass er Bauwerke errichtete, deren Lebenserwartung viel höher war als die eigene, dass er Zusammenhalt in langfristig organisierten Gemeinschaften suchte und dass er Städte, Staaten, Nationen und Kulturen schuf, die auf generationenübergreifenden Bestand angelegt waren. All dies zeugt davon, dass das langfristig orientierte gegenüber dem kurzfristig orientierten Denken und Handeln im Laufe von Jahrtausenden doch an Boden gewonnen hat, auch wenn der gedankliche Zeithorizont zwischen Individuen und Kulturkreisen noch so verschieden geblieben sein mag. Zumindest in solchen langen Zeiträumen gemessen, scheint die Bedeutung langfristiger Zielsetzungen für menschliches Handeln gewachsen zu sein.

Dennoch hat die Menschheit bisher nicht die Mittel gefunden, für eine wirklich langfristig vorausschauende Wahrung oder gar Verbesserung ihrer eigenen Überlebensbedingungen zu sorgen. Auch die sich ausbreitende Erkenntnis, dass menschliche Lebensformen zunehmend ungewollte langfristige Nebenwirkungen wie den Klimawandel und die Erschöpfung natürlicher Ressourcen mit sich bringen, hat in dieser Hinsicht noch wenig mehr bewirkt als einen Wandel der politischen Rhetorik. Dies gilt ganz unabhängig von der Staatsform. Auch die allmähliche Festigung demokratischer Strukturen hat langfristiges Denken und Handeln in politischen Angelegenheiten nicht nachhaltig stärken können. Historische Erfahrung zeigt vielmehr, dass eher das Gegenteil der Fall ist. Gerade in demokratischer Politik dominiert seit je das Denken im Zeithorizont von Amts- und Mandatsperioden, und auch bei den Bürgern wird das Denken in solchen

---

Fristen durch die praktizierten demokratischen Verfahren noch gestärkt. Selbst bescheidene Ansätze langfristiger politischer Zukunftsorientierung werden zudem auch in der Demokratie immer wieder überlagert von Rückfällen in spontane Instinkthandlungen oder vom Rückgriff auf Verhaltensmuster früherer Zivilisierungsstufen.

Die politische Rhetorik pluralistisch gewachsener Demokratien vermittelt gelegentlich ein etwas positiveres Bild. Zu deren Erscheinungsbild gehört zumindest phasenweise ein Protestaktionismus, der eine langfristige Orientierung von Politik einfordert und der sogar suggerieren mag, diese sei fast zum Greifen nahe. Bisher prallen solche Proteste aktionistischer Minderheiten aber nahezu folgenlos ab an der Veränderungsscheu bestehender demokratischer Institutionen, Parteien, Amts- und Mandatsträger. Demokratische Prozesse, die Politiker zu einem mindestens generationenübergreifend vorausschauenden Handeln motivieren würden, die also beispielsweise der verantwortungslosen Plünderung natürlicher Ressourcen tatsächlich ein Ende setzen würden, statt nur deren Beschleunigung zu verlangsamten, folgen hieraus nicht.

#### *Langfristige Verantwortung durch neuartige Regeln*

Dennoch kann hieraus nicht geschlossen werden, die menschliche Spezies sei mit der notwendigen Langfristigkeit des Denkens und Handelns unabwendbar überfordert. So wenig nämlich, wie langfristig vorausschauendes Handeln in der Natur des Menschen angelegt ist, so wenig ist es - zumindest im Bereich des Politischen - auch der Widerstand dagegen. Wenn beispielsweise in der Politik einsichtige Regeln für langfristig verantwortliches Handeln einmal gesetzt wären, dann läge es nicht in der menschlichen Natur, sich gegen diese Regeln zu wenden. Menschliches Verhalten wäre dann zwar noch von dem spontanen Reflex beherrscht, solche Regeln zu unterlaufen, nicht aber, die Regeln an sich zu Fall zu bringen. Menschliche Natur würde sich eher im Hang zur - instinktiven oder auch kühl kalkulierten - Regelverletzung manifestieren als im Widerstand gegen die Regel selbst.

Dass plausible Regeln auch dann Bestand haben, wenn Menschen spontan eher zu deren Verletzung neigen, entspricht keineswegs nur theoretischer moralphilosophischer Vernunft. Auch historische Erfahrung zeigt, dass Regeln - beispielsweise Gesetze und Verfassungsnormen - sich durchsetzen können, selbst wenn deren Einhaltung nicht in menschlicher Natur verwurzelt zu sein scheint. Auch die Geschichte liefert insofern starke Indizien dafür, dass solche Regeln künftig auch dann Geltung werden erlangen und behaupten könnten, wenn sie ein viel längerfristig orientiertes politisches Handeln postulieren als das bisherige. Nicht die menschliche Spezies an sich ist demnach ungeeignet ist für eine langfristige Orientierung von Politik. Ungeeignet sind vielmehr die bestehenden Regeln, und ungeeignet sind insbesondere die politischen Entscheidungsverfahren. Dies gilt auch oder gerade für die Entscheidungsverfahren in demokratischen Staaten. Diese wirken nicht darauf hin, Dispositionen zu kurzfristigem Denken und Handeln bei Bürgern und Politikern zu mäßigen, sondern eher noch, diese zu verstärken. Dies ergibt sich schon aus der Grundprämisse der bestehenden Demokratie, nach der Politik den in Wahlen ermittelten Willen der Bürger abzubilden hat, einer Prämisse somit, die den Willen noch ungeborener und noch nicht wahlberechtigter Generationen implizit ausschließt. Erst das Anerkenntnis, dass diese Prämisse falsch ist, könnte den

---

Weg frei machen für neuartige Verfahren, die generationenübergreifendem Denken und Handeln in der Politik den gebührenden Rang zuweisen.

Dass die Bürger sich tatsächlich in Regeln fügen würden, die eine viel längerfristige Orientierung der Politik vorschreiben würden als bisher, lässt sich auch mit einem sehr einfachen Gedankenexperiment verdeutlichen. Man stelle sich nur vor, den Bürgern würde eines Tages die schlichte Frage gestellt, ob sie kurzfristiges Denken in der Politik wirklich wollen. Die Antwort hierauf wäre natürlich ein eindeutiges Nein. Ein klares Ja dagegen gäbe es ebenso selbstverständlich auf die umgekehrte Frage, nämlich ob eine wirklich langfristige, generationenübergreifende Orientierung der Politik gewollt sei. Schon ein so einfaches Gedankenexperiment genügt, um deutlich zu machen, dass bei den Bürgern der Widerstand gegen langfristiges politisches Denken und Handeln so wenig zwangsläufig ist, wie er von Politikern fast zwanghaft geschürt wird. Politiker tun dies nur deswegen, weil im herkömmlichen demokratischen Prozess Macht für sie letztlich doch leichter zu erringen ist, wenn sie den Wählern kurzfristigen Vorteil versprechen, als wenn sie eine generationenübergreifende Gerechtigkeit proklamieren.

Man kann sich zur Langfristigkeit politischen Denkens und Handelns leicht weitere Fragen ausmalen, auf die von den Bürgern ebenso eindeutige Antworten gegeben würden. Eine mögliche Frage wäre, ob gegenwärtige den künftigen Generationen intakte Lebensgrundlagen zu hinterlassen haben, eine andere, ob natürliche Ressourcen zulasten künftiger Generationen ein für allemal verbraucht werden dürfen. Man muss auch solche Fragen nicht explizit stellen, um sich des einhelligen Neins der Bürger hierauf zumindest intuitiv sicher zu sein. Auch hieraus ergibt sich daher die Schlussfolgerung, dass die Bürger sich einer langfristigen Orientierung der Politik nicht verweigern würden, was wiederum darauf schließen lässt, dass es die bestehenden politischen Entscheidungsverfahren sind, die Gegenteiliges hervorbringen. Demnach ist, auch wenn kurzfristiges Denken und Handeln in der Natur des Menschen verwurzelt sein mögen, die Kurzsichtigkeit der Politik doch eher verwurzelt in der Staatsform.

#### *Neokratische Schlussfolgerungen*

Die Diskrepanz zwischen der Kurzsichtigkeit realer und der Notwendigkeit langfristiger orientierter Politik ist natürlich nicht in allen Politikbereichen gleich stark ausgeprägt. Diese Diskrepanz ist umso größer und auch umso offenkundiger, je katastrophaler eine kurzsichtige Politik sich langfristig auszuwirken droht. Klima, Umwelt, natürliche Ressourcen und demographische Entwicklung sind aktuelle Stichworte, die auf besonders katastrophenträchtige Politikbereiche verweisen. Vor allem diese Politikbereiche bedürften politischer Entscheidungsverfahren, die langfristigen Denken und Handeln viel größeres Gewicht geben als in der Vergangenheit.

Eine Umgestaltung des Staates, die den Zeithorizont politischen Denkens und Handelns verändert, könnte ihren Anfang in einem einzelnen Politikbereich nehmen. Dies könnte geschehen, indem zunächst nur ein einzelner Politikbereich vom herkömmlichen Staat abgespalten würde und speziell dort dann neue, auf langfristig orientiertes Handeln gerichtete Entscheidungsverfahren eingerichtet werden. Mit einer solchen Abspaltung wäre natürlich nichts Anderes als ein Übergang zu neokratischen Staatsformen vollzogen. Im Rahmen weiterer neokratischer Entwicklungen könnten dem herkömmlichen

---

Staat dann weitere Politikbereiche entwunden werden, in denen ebenfalls eine langfristige Orientierung von Politik fest zu institutionalisieren wäre.

Natürlich wäre auch der Übergang zu neokratischen Staatsstrukturen kein Übergang zur politischen Unfehlbarkeit. Auch wenn in einzelnen neokratisch organisierten Politikbereichen der zeitliche Verantwortungshorizont der Akteure weiter gefasst wäre, würden dort natürlich Fehler begangen und würde deren Eingeständnis den Verantwortlichen schwerfallen, wie es in herkömmlicher Politik immer gewesen ist. Es ginge nicht darum, politische Fehlbarkeit aus der Welt zu schaffen, sondern nur darum, das Menschenmögliche an langfristiger politischer Kompetenz bestmöglich auszuschöpfen. Dies ist ein hohes Ziel. Die Demokratie, wie sie ist, bleibt dahinter weit zurück. Sie tut es auf nationaler Ebene, und erst recht hat sie sich als unfähig erwiesen, für langfristige Probleme geeignete globale Verantwortlichkeiten zu schaffen. Die Erneuerung der Demokratie auf einzelstaatlicher Ebene müsste daher sicherstellen, dass langfristige politische Ziele auch in globaler Kooperation viel effektiver verfolgt werden können als bisher. Auch hierfür würden neokratische Strukturen wichtige Voraussetzungen schaffen. Vom politischen Willen hierzu dürften die meisten Staatsbürger allerdings noch einen großen Schritt in der Geschichte des langfristigen Denkens entfernt sein.

01 – 2008

[www.reformforum-neopolis.de](http://www.reformforum-neopolis.de)